

N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses am Montag, den 04. März 2019,
19.30 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses – - unter verkürzter Ladefrist -**

Es sind erschienen:

Ratsvorsitzender Rainer Adelmund, Vors.
Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen
Stv. Bürgermeister Gert Kämper
Ratsherr Robin Kuper
Ratsherr Ron Piekarski als Stimmvertreter Börgmann
Ratsherr Kim Streitbörgner

Bürgermeister Uwe Garrels
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Leiter Reedereibetrieb Jens Heyen
Abteilungsleiter Inselbahn Jens Lühring
Finanzleiterin Gabriele Rüffert
Abteilungsleiter IT Ralph Rüffert
Protokollführerin Katja Heimes

Vertreter der Bediensteten:

Rainer Hunger

Es fehlt entschuldigt:

Ratsherr Ingo Börgmann
Ratsherr Olaf Sommer

Techn. Leiter TSL Mario Kramp
Marketingleiterin Aishah Schuirmann

Heinrich Culemann
Mario Kramp

Sonstige Vertreter:

Wolfgang Peters

Als Gast:

Ratsherr Sigurd Uecker
Ratsherr Jochen Voß

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Adelmund eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Ratsvorsitzender Adelmund teilt mit, dass der Punkt 7 „Erneuerung Heizkessel Langeoog II“ bereits im VA-Umlauf entschieden wurde. Der Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Ratsherr Piekarski stellt den Antrag, den Punkt 10 „Antrag auf Einführung eines digitalen Informationssystems für Ratsmitglieder“ wegen weiteren Beratungsbedarfs von der Tagesordnung abzusetzen.

Dem Antrag wird einmütig zugestimmt.

Bürgermeister Garrels verliest eine Erklärung als Antwort auf die Presseerklärung der Ratsabgeordneten vom 28.02.2019. Die Erklärung ist dem Protokoll angehängt.

Stv. Bürgermeister Janssen verliest ebenfalls eine Erklärung der Ratsabgeordneten bezugnehmend auf die Badbegehung am 27.02.2019. Die Erklärung ist dem Protokoll angehängt.

Ratsherr Kuper teilt mit, dass er sich zu Punkt 11 „Örtliche Ausschreibung der Verpachtung des Verkehrslandeplatzes auf Langeoog“ befangen fühle und an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Ratsherr Piekarski bringt eine persönliche Erklärung vor. Er verweist auf die ehrenamtliche Tätigkeit als Ratsmitglied. Dieses Amt könne er aufgrund der angespannten Situation zwischen Rat und Bürgermeister nur mühselig erfüllen. Er verweist auf Zeitungsartikel und Posts in der Angelegenheit Tourismusmanager. Man müsse jetzt einen zweiten Bauabschnitt diskutieren, weil eigenmächtige Handlungen durchgeführt wurden. Die nachfolgenden Vergaben zu Nachtragsangeboten liegen bei 1 Mio. Euro. Er frage sich, wie die Finanzierung erfolgen soll. Er sei der Meinung dies sei Grundlage die Haftung des Bürgermeisters zu prüfen. Betroffene Mitarbeiter würden vom Bürgermeister denunziert. Er empfehle diesen Mitarbeitern rechtlichen Beistand.

Ratsherr Piekarski fragt nach dem Ergebnisbericht über die Einzelfall-Vergabepfung des Rechnungsprüfungsamtes zur Vergabe an die Tischlerei Müller.

Ratsherr Uecker möchte wissen, seit wann das Ergebnis vorliege. Er sei der Meinung dies sei bereits im Dezember eingegangen.

Bürgermeister Garrels räumt ein, dass er die Weitergabe der Mitteilung versäumt habe. Das Ergebnis liege etwa drei Wochen vor. Das Vergabeverfahren Gewerk Tischlerarbeiten hätte nicht durchgeführt werden dürfen.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses am 27.11.2018

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses am 27.11.2018 wurde allen Ausschussmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses am 27.11.2018 wird mit 7 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Zu Punkt 5: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Addi Fischer

Frau Fischer verweist auf die frühere Trennung von Kurdirektor und Betriebsinspektor. Sie könne nicht verstehen, dass die Verantwortung für den Umbau des Schwimmbades jetzt nur bei einer Person liegen soll.

Bürgermeister Garrels antwortet, dass der ehemalige Tourismusmanager als Abteilungsleiter zuständiger und verantwortlicher Projektmanager für den Umbau gewesen sei. Es sei die selbstverständliche Aufgabe des Tourismusmanagers gewesen darauf zu achten, dass die Umsetzung des Projektes richtig und entsprechend der gefassten Beschlüsse verlaufe. Im Detail seien viele Mitarbeiter beteiligt.

Gerda Spies

Frau Spies verweist auf ein Interview, in dem der Bürgermeister den Tourismusmanager als Bau fachmann bezeichnet habe. Sie verweist auf die Wertgrenze des Bürgermeistes Ausgaben tätigen zu dürfen und möchte wissen, wer beim Tourismusmanager das Limit außer Kraft gesetzt habe. Es fehle ein Kontrollorgan. Chef sei der Bürgermeister. Sie sehe daher auch bei ihm die Verantwortlichkeit für die jetzige Situation.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass in einem Telefoninterview die gesagten Worte nicht immer exakt wiedergegeben würden. Herr Dollmann habe in seinem Berufsleben schon mehrere Projekte und Bauten umgesetzt. Es gehe darum, dass die Auftragsvergaben nicht an den Bürgermeister oder Rat weitergegeben wurden. Im übrigen trage der Bürgermeister immer die politische Verantwortung für das Handeln seiner Verwaltung, nicht aber die persönliche.

Bärbel Kraus

Frau Kraus möchte wissen, wie die Auftragsvergaben der Nachträge finanziert werden sollen.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass die Aufträge aus den liquiden Mitteln bezahlt werden und soweit erforderlich, die Restfinanzierung über einen Kredit erfolge. Ein Teil der Aufträge sei schon vollzogen.

Zu Punkt 6: Auftragsvergabe landschaftsgärtnerische Arbeiten Neugestaltung Rathauspark **(s. Vorlage Nr. VO19-044)**

Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf die am 26.07.2018 beauftragte Planung. Die Vorlage sei jetzt sehr umfangreich. Dem Rat sei nicht bekannt gewesen, dass der Park dem Tourismus-Service zugeteilt werden soll. Aufgrund der nicht bekannten finanziellen Situation des Tourismus-Service sehe er die Finanzierung als nicht gesichert an. Man habe dem Rat die Planungen unter falschen Voraussetzungen vorgelegt.

Allgemeiner Vertreter Heimes legt dar, dass die Angelegenheit immer im Betriebsausschuss erörtert wurde. Alle Parks seien dem Tourismus-Service zugeordnet, daher habe sich für die Verwaltung die Frage gar nicht gestellt.

Bürgermeister Garrels fügt hinzu, dass im Betriebsausschuss keine Gemeindeangelegenheiten beraten werden. Die Parks werden im Wesentlichen touristisch genutzt. Die Erstellungskosten müssen finanziert werden. Die Kosten können über 30 Jahre abgeschrieben werden. Er sehe die Neugestaltung des Parks als sinnvolle Maßnahme.

Stv. Bürgermeister Janssen bemerkt, dass für eine sinnvolle Maßnahme die Gelder fehlen.

Stv. Bürgermeister Kämper erklärt, dass die sinnvolle Maßnahme im Auge des Betrachters liege. Es handle sich um Kosten in Höhe von € 160.000,00. Die Zurücksetzung in den ursprünglichen Zustand sei günstiger. Er schlage als Kompromisslösung vor den ursprünglichen Zustand herzustellen und an der Südseite neue Fahrradständer einzurichten. Der Park sei unter den Ratsmitgliedern umstritten. Er verweist auf die Entwicklung des Haus der Insel mit eventuellem Kurplatz.

Ratsherr Kuper wirft ein, er bleibe bei seinen bisherigen Äußerungen, dass ihm Grassaat für den Park reiche. Er erklärt, dass heute das digitale Ratssystem auf der Tagesordnung des Betriebsausschusses stehe. Hier sehe er keine touristische Nutzung. Der Rat könne also nicht automatisch die Betriebszuordnungen ersehen.

Bürgermeister Garrels weist auf die bisher geleisteten Vorleistungen hin, die auf jeden Fall zu bezahlen seien. Diese sei ohne weitere Umsetzung umsonst ausgegebenes Geld. Der Park sei städtebaulich sinnvoll. Man müsse an die langfristige Nutzung denken.

Ratsherr Streitböcker bringt vor, dass der Rat die detaillierte Planung nicht beschlossen habe. Der Rat habe den Park in der vorgelegten Form nicht gewollt. Er würde dem Vorschlag von Stv. Bürgermeister Kämper folgen. Die Straße müsse aber repariert werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes weist ausdrücklich zurück, dass kein Beschluss erfolgt sei. Der Rat habe die Neugestaltung nach intensiver Diskussion mit den vorgebrachten Änderungen sowie auch die Auftragsvergabe an den Planer beschlossen.

Stv. Bürgermeister Kämper verweist auf die erste Zeichnung und Präsentation durch Herrn Stücken. Aufgrund der Fördergelder sei Eile geboten gewesen. Der Rat habe Kritik an dem fertig gestellten Konzept geäußert. Der Park sei zu kostenaufwendig und die Finanzierung nicht sicher. Der Bau der Sozialwohnungen sei im September zurückgestellt worden und bis jetzt nicht weiter verfolgt. Der Park sei anscheinend wichtiger. Er bleibe bei seinem Vorschlag.

Der Betriebsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung aufgrund der angespannten Haushaltslage den Beschluss zur Umgestaltung des Rathausparks vom 26.07.2018 aufzuheben. Der Park ist in seinen ursprünglichen Zustand zurückzusetzen und auf der Südseite Fahrradabstellplätze zu erstellen. Die Straße am Rathaus ist zum Angebotspreis von € 42.025,00 zu erneuern.

Ratsherr Kuper erinnert daran, dass die Fahrbahnverengung zum Eingang der Fußgängerzone in der Hauptstraße aufgehoben werden sollte.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf einen Bericht von Abteilungsleiter Sjuts in einem früheren Ausschuss. Seiner Erinnerung nach könne die Seite zum Park angepasst werden.

**Zu Punkt 7: Erneuerung Heizkessel „Langeoog II“
(s. Vorlage Nr. VO19-045)**

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**Zu Punkt 8: Antrag zur Beschaffung von Produkten durch die Gemeinde aus dem fairen Handel
(s. Vorlage Nr. VO19-046)**

Ratsvorsitzender Adelmund verliest die Vorlage.

Ratsherr Kuper verweist auf die zu Punkt 6 geführten Diskussionen bezüglich vorhandener Gelder. Hier würde er eine Geldausgabe befürworten.

Ratsvorsitzender Adelmund merkt an, dass die in der Vorlage genannten HUKO-Beutel bereits vorgestellt wurden.

Der Betriebsausschuss empfiehlt einstimmig zusätzlich zu den rein ökonomischen Gesichtspunkten auch Gesichtspunkte des Fairen Handels, der Ökologie, der Regionalität und der Nachhaltigkeit bei der Beschaffung von Waren und Materialien zu berücksichtigen. Die Höhe des zulässigen zusätzlichen finanziellen Aufwands könnte jeweils in den Haushalt als Marketingausgabe und Nachhaltigkeitsaufwand über alle Betriebe festgesetzt werden. Die Überprüfung der Einhaltung dieses Betrages müsste gesichert werden.

**Zu Punkt 9: Antrag auf freiwilligen finanziellen Ausgleich der CO2-Emissionen der Schifffahrt
(s. Vorlage Nr. VO19-047)**

Ratsvorsitzender Adelmund verliert die Vorlage.

Der Betriebsausschuss beschließt mit 7 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung einen freiwilligen CO2-Ausgleichsbeitrag als Zusatzartikel zur Fährrkarte in Höhe von € 2,00 je Beitrag einzuführen. Der Insulaner oder der Gast erhält dazu eine kleine Info mit entsprechenden Informationen zum Thema. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Auswahl geeigneter Anbieter von CO2-Zertifikaten und den entsprechenden Ausgleichswert zur Entscheidung vorzulegen.

**Zu Punkt 10: Antrag auf Einführung eines digitalen Informationssystems für Ratsmitglieder
(s. Vorlage Nr. VO19-048)**

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**Zu Punkt 11: Öffentliche Ausschreibung der Verpachtung des Verkehrslandeplatzes auf Langeoog
(s. Vorlage Nr. VO19-049)**

Ratsherr Kuper nimmt aufgrund § 41 NKomVG an der anschließenden Beratung und Abstimmung nicht teil.

Ratsvorsitzender Adelmund verliert die Vorlage.

Abteilungsleiter Inselbahn Lühring teilt mit, dass inzwischen ein Gespräch mit Herrn Lehmann von der Ingenieurberatung Infrastruktur-Consult bezüglich einer Ausschreibung stattgefunden habe. Die Infrastruktur-Consult sei bereit die Ausschreibung vorzunehmen. Bisher könne aber kein Preis genannt werden. Sobald dieser vorliege, werde er eine Vorlage für den Betriebsausschuss erstellen. Abteilungsleiter Inselbahn Lühring berichtet, dass der Flugplatz im letzten Jahr trotz Minus von € 22.000,00 ein sehr gutes Ergebnis erzielt habe.

Die Frage von Stv. Bürgermeister Janssen, ob die Zahlen bis zur Ratssitzung am 04.04.2019 vorliegen könnten, bejaht Abteilungsleiter Lühring.

Stv. Bürgermeister Janssen schlägt vor, die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu geben.

Ratsherr Piekarski fragt, ob nicht bereits eine frühere Ausschreibung vorliege.

Bürgermeister Garrels berichtet über den Werdegang. Der Flugplatz sei durch die FFH (Brunzema + Partner KG) und danach durch die FLN (Frisia-Luftverkehr GmbH) betrieben worden. Danach sei die Betreuung wieder durch die Gemeinde erfolgt. Inzwischen sei der Platz und der Betrieb intensiv aufgearbeitet worden. Der Platz und der Flugleiter hätten einen sehr guten Ruf.

Ratsherr Uecker ist der Meinung, dass seinerzeit eine Ausschreibung erfolgt sei. Für die jetzige Ausschreibung könnten Texte übernommen werden. Die Verpachtung würde die Verluste verringern.

Abteilungsleiter Inselbahn Lühring stellt klar, dass die Gemeinde auch bei einer Verpachtung weiterhin Genehmigungsinhaber bleibe. Die Gemeinde müsse die Kosten für die Pflege des Platzes, Drainage, Mähen etc. sowie die Feuerwehrsicherung übernehmen. Würde man die Pacht anpassen würde der Platz für den Pächter unattraktiv.

Stv. Bürgermeister Kämper fügt hinzu, dass der Platz auch bereits unter der Flugleitung von Robin Kuper einen guten Ruf gehabt habe.

Auf Antrag Ratsherr Piekarski gibt der Betriebsausschuss die Angelegenheit einstimmig ohne Beschlussempfehlung an den Rat weiter.

Zu Punkt 12: Sachstandsbericht Kostenmehrung / Nachträge Umzug KWC BA 2 **(s. Vorlage Nr. VO19-050)**

Ratsvorsitzender Adelmund verliest die Vorlage.

Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf die Begehung. In dem Zusammenhang habe der Architekt mitgeteilt, dass seitens der Gemeinde versäumt wurde Förderanträge zu stellen. Stv. Bürgermeister Janssen weist darauf hin, dass er immer auf Möglichkeiten die Prüfung von Förderanträgen hingewiesen habe. Es sei sehr bedauerlich, dass hier keine Anträge gestellt worden seien.

Ratsherr Piekarski bringt vor, dass noch nicht über den Betrieb gesprochen wurde. Die Behandlungsräume seien eins zu eins übernommen worden. Es sei im Vorfeld keine wirtschaftliche Prüfung erfolgt. Für eine wirtschaftliche Betreuung müsse ein neues Raumbuch erstellt werden. Er befürchte noch mehr Kosten, wenn jetzt die Aufträge beschlossen werden. Technischer Leiter Kramp habe bei der Begehung ein schlüssiges Konzept für die Nutzung der Räume vorgestellt.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass die Vorlage abbilde, was bereits umgesetzt worden sei. Der Technische Leiter habe mögliche Änderungen in der Vorlage bereits berücksichtigt. Bürgermeister Garrels weist darauf hin, dass ein Umzug der Anwendungen aufgrund der hohen Betriebskosten des Kur- und Wellnesscenters erfolge. Die Flächen im Bad seien verkleinert und das Gebäude energetisch auf dem neuesten Stand. Die Betriebskosten seien daher deutlich geringer als im alten KWC-Gebäude. Die Bediensteten erwirtschafteten die Kosten für die Behandlungen. Bei der Begehung sei auch überlegt worden, Räume entsprechend der Jahreszeit aus dem Betrieb zu nehmen oder Kooperationen mit den Hotels einzugehen.

Stv. Bürgermeister Kämper erklärt, dass die Vorlage das Durcheinander der Beauftragungen aufzeige. Über ein Jahr habe der beauftragte Architekt nicht gemerkt, dass es nicht mehr passe. Auch der Architekt müsse in Haftung genommen werden. Das Haus werde auf jeden Fall fertig gestellt. Aber letztendlich müsse auch geklärt werden, wer an der Situation schuld sei. Die Haftung des Architekten müsse geprüft werden.

Ratsherr Kuper bemerkt dass der Betreff immer noch „Umzug KWC“ laute. Seiner Meinung nach müsste es „Neubau und Erweiterungen“ heißen.

Ratsherr Streitbörgner schließt sich der Kritik an dem Architekten an. Derzeit fahre das Kur- und Wellnesscenter jährlich einen Verlust von € 400.000,00. Wenn der Neubau nicht richtig erfolge, bleibe der Verlust bei jährlich € 200.000,00.

Bürgermeister Garrels weist auf die Abschreibung von jährlich € 100.000,00 hin. Die Einnahmen der Therapeuten belaufen sich auf Plus/Minus Null. Die Betriebskosten seien deutlich weniger.

Stv. Bürgermeister Janssen wendet ein, dass es hier nichts schön zu reden gäbe. Die Kostenschätzung liege 1 Mio. Euro höher als geplant. Die Räumlichkeiten müssen mit Leben gefüllt werden.

Bürgermeister Garrels weist darauf hin, dass der Rat am 03.08.2017 über die Abmessungen des An- und Umbaus beschlossen habe. Raumanzahl und Kubatur hätten sich nicht verändert. Die nachträglichen Änderungen seien wesentlich innerhalb der Räume erfolgt. Sicher könne man die Verantwortung des Architekten prüfen lassen. – Für Herrn Eschen war die zuständige Kontaktperson und Ansprechpartner der Gemeinde der Projektleiter Hinrik Dollmann. Jetzt sei die zügige Fertigstellung des Gebäudes die wichtigste Aufgabe.

Ratsherr Piekarski ist der Meinung, der Rat sei getäuscht worden. Er bedaure, dass die Verwaltung ihre Fehler nicht eingestehe.

Ratsherr Uecker äußert sein Erstaunen über die Vorlage. Der Rat werde beschuldigt Beschlüsse gefasst zu haben. Er bringt vor, dass sich der Rat bei den Beschlüssen auf die Verwaltung verlassen habe. Seiner Meinung nach habe der Bürgermeister seine Aufsichtspflicht vernachlässigt. Der Architekt hätte die Abweichungen erkennen müssen. An der Misere seien mehrere Personen beteiligt. Im Beschluss sollte nicht auf den Tourismusmanager verwiesen werden.

Ratsvorsitzender Adelmund teilt mit, dass bei dem Ortstermin am Schwimmbad Herr Kramp eine Bedarfsplanung und Wirtschaftlichkeit aufgezeigt habe. Die Räumlichkeiten seien zu groß und es werde ein Negativergebnis erwartet. Herr Kramp habe andere Nutzungsmöglichkeiten wie z. B. die Unterbringung der Touristinformation und der Marketingabteilung vorgeschlagen.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass Herr Kramp zur heutigen Sitzung erkrankt sei. Heute hätte eine Präsentation zur Nutzung der Räume vorgetragen werden können. Auch sei geplant in den Räumen Sportangebote anzubieten. Die Nachträge sollten heute beschlossen werden. Die Präsentation von Herrn Kramp könne nachgeholt werden.

Stv. Bürgermeister Kämper sieht ebenfalls den Architekten mit in der Pflicht. Er schlägt vor in den Beschluss mit aufzunehmen eine Rechtsanwaltskanzlei für Baurecht zu beauftragen, ein Beweisverfahren einzuleiten und eventuelle Haftungsansprüche gegen den beauftragten Architekten prüfen zu lassen.

Ratsherr Streitbörgner beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

20.55 Uhr: Es folgt eine 10minütige Sitzungspause

21.05 Uhr: Ratsvorsitzender Adelmund eröffnet die Sitzung erneut

Auf Antrag Stv. Bürgermeister Kämper beschließt der Betriebsausschuss einstimmig den Bürgermeister zu beauftragen eine Rechtsanwaltskanzlei für Baurecht zu beauftragen, ein Beweissicherungsverfahren einzuleiten und eventuelle Haftungsansprüche gegen den beauftragten Architekten prüfen zu lassen. Nur unter Voraussetzung, dass der Bürgermeister bis zur Sitzung des Rates einen schriftlichen Nachweis erbringt, dass eine Rechtsanwaltskanzlei tatsächlich beauftragt wurde, empfiehlt der Betriebsausschuss sämtliche Nachträge und zwingend notwendige Abschlussarbeiten durch die beauftragten Planer zu begründen und rechtlich richtig auszuschreiben. Die Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes ist jeweils vorab einzuholen.

Zu Punkt 13: Umzug KWC, 2. Bauabschnitt: Nachtragsangebot Bauhauptarbeiten
(s. Vorlage Nr. VO19-051)

Der Betriebsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Positionen 1 – 5 des Nachtragsangebotes 603699 der Firma TT-Bau GmbH in Höhe von brutto € 86.037,00 und netto € 72.300,00, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes, zu beauftragen.

Zu Punkt 14: Umzug KWC, 2. Bauabschnitt: Nachtragsangebote Dachdeckungsarbeiten
(s. Vorlage Nr. VO19-052)

Stv. Bürgermeister Kämper verweist auf die in der Vorlage gemachte Aussage, die Dimensionen für das Gewerk seien zum Zeitpunkt der Ausschreibung nicht bekannt gewesen. Dies suggeriere einen Planungsfehler, daher weist er nochmals auf die Haftung des Planers hin.

Der Betriebsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Positionen des Nachtragsangebotes der Firma Baumann GmbH & Co.KG in Höhe von brutto € 146.859,04 und netto € 123.410,96, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes, zu beauftragen.

Zu Punkt 15: Umzug KWC, 2. Bauabschnitt: Nachtragsangebot 1: Metall- und Verglasungsarbeiten
(s. Vorlage Nr. VO19-053)

Der Betriebsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Positionen 1 – 2 des Nachtragsangebotes der Firma Metallbau Evers GmbH in Höhe von brutto € 12.911,50 und netto € 10.850,00, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes, zu beauftragen.

Zu Punkt 16: Umzug KWC, 2. Bauabschnitt: Nachtragsangebot 2: Metall- und Verglasungsarbeiten
(s. Vorlage Nr. VO19-054)

Der Betriebsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Positionen 1 – 2 des Nachtragsangebotes der Firma Metallbau Evers GmbH in Höhe von brutto € 14.501,34 und netto € 12.186,00, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes, zu beauftragen.

**Zu Punkt 17: Umzug KWC, 2. Bauabschnitt: Nachtragsangebot 3: Metall- und Verglasungsarbeiten
(s. Vorlage Nr. VO19-055)**

Sonstiger Vertreter Peters fragt, ob das verwendete Aluminium seewassertauglich sei.

Bürgermeister Garrels bejaht die Frage, wird den Sachverhalt aber nochmals prüfen.

Der Betriebsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Positionen 1 – 2 des Nachtragsangebotes der Firma Metallbau Evers GmbH in Höhe von brutto € 27.299,31 und netto € 22.941,00, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes, zu beauftragen.

**Zu Punkt 18: Umzug KWC, 2. Bauabschnitt: Nachtragsangebot Brandschottung
(s. Vorlage Nr. VO19-056)**

Der Betriebsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung das Nachtragsangebot der Firma Hermes Systeme in Höhe von brutto € 17.984,59 und netto € 15.113,10, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes, zu beauftragen.

**Zu Punkt 19: Umzug KWC, 2. Bauabschnitt: Nachtragsangebot Heizung und Sanitär
(s. Vorlage Nr. VO19-057)**

Ratsherr Kuper fragt, ob die angekündigte Prüfung seitens des Planungsbüros Pro + Technik vorliege.

Bürgermeister Garrels konnte aufgrund der Erkrankung des Technischen Leiters keine Rücksprache halten. Die Unterlagen werden nachgereicht.

Der Betriebsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Nachtragsangebote der Firma Husmann in Höhe von brutto € 14.613,53 und netto € 12.280,28, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes, zu beauftragen.

**Zu Punkt 20: Umzug KWC, 2. Bauabschnitt: Nachtragsangebot 1: Zimmererarbeiten
(s. Vorlage Nr. VO19-058)**

Der Betriebsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Position 01 des Nachtragsangebotes 603696 der Firma TT-Bau GmbH in Höhe von brutto € 16.650,48 und netto € 13.992,00, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes, zu beauftragen.

**Zu Punkt 21: Umzug KWC, 2. Bauabschnitt: Nachtragsangebot 2: Zimmererarbeiten
(s. Vorlage Nr. VO19-059)**

Ratsherr Kuper verweist auf die Firma Baumann als Dachdecker und möchte wissen, warum hier die Firma TT-Bau beauftragt werden soll.

Vorsitzender Adelmund erklärt, dass es sich hier um Dach- und Wanddurchdringungen handelt.

Der Betriebsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Positionen 1 – 5 des Nachtragsangebotes 603697 der Firma TT-Bau GmbH in Höhe von brutto € 32.629,80 und netto € 27.420,00, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes, zu beauftragen.

**Zu Punkt 22: Umzug KWC, 2. Bauabschnitt: Nachtragsangebot 3: Zimmererarbeiten
(s. Vorlage Nr. VO19-060)**

Der Betriebsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Positionen 1 und 2 des Nachtragsangebotes 603695 der Firma TT-Bau GmbH in Höhe von brutto € 23.784,26 und netto € 19.986,77, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes, zu beauftragen.

**Zu Punkt 23: Umzug KWC, 2. Bauabschnitt: Nachtragsangebot: Lüftung
(s. Vorlage Nr. VO19-061)**

Stv. Bürgermeister Kämper fragt nach der Einbeziehung des Planungshonorars für die John Becker Ingenieure.

Bürgermeister Garrels antwortet, dass die Planungskosten noch hinzukommen.

Der Betriebsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Nachtragsangebote und die zusätzlichen Kosten durch Massenmehrung der Firma Kuhr GmbH & Co.KG in Höhe von brutto € 207.950,69 und netto € 174.748,48, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes, zu beauftragen.

**Zu Punkt 24: Umzug KWC, 2. Bauabschnitt: Nachtragsangebot:
Lüftung/Schadstoffsanierung, KMF und Asbest
(s. Vorlage Nr. VO19-062)**

Der Betriebsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Nachtragsangebote und die zusätzlichen Kosten durch Massenmehrung der Firma Kuhr GmbH & Co.KG in Höhe von brutto € 78.385,30 und netto € 65.870,00, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes, zu beauftragen.

**Zu Punkt 25: Umzug KWC, 2. Bauabschnitt: Vergabe Bodenbelagsarbeiten
(s. Vorlage Nr. VO19-063)**

Ratsherr Piekarski bringt vor, dass es sich hier um eine Neuvergabe handle. Ihm fehle derzeit die vorgesehene Nutzung der Räume (neues Raumbuch). Er halte daher bis zur Klärung eine Ausschreibungsverlängerung für sinnvoll.

Bürgermeister Garrels fragt wie lange die Verlängerung angedacht sein soll. Er schlägt vor eine Empfehlung für den Beschluss auszusprechen.

Stv. Bürgermeister Janssen stellt den Antrag, die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu geben und mit Herrn Kramp eine mögliche Fristverlängerung zu klären. Im Rat sollte entschieden werden, welche sinnvolle Nutzung für die Räume möglich ist.

Der Betriebsausschuss empfiehlt einstimmig die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu geben und eine mögliche Ausschreibungsverlängerung zu klären.

Zu Punkt 26: Umzug KWC, 2. Bauabschnitt: Vergabe Tischlerarbeiten
(s. Vorlage Nr. VO19-064)

Stv. Bürgermeister Janssen stellt den Antrag, zu verfahren wie zum Punkt zuvor.

Auf Antrag Stv. Bürgermeister Janssen empfiehlt der Betriebsausschuss einstimmig die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu geben und eine mögliche Ausschreibungsverlängerung zu klären.

Zu Punkt 27: Umzug KWC, 2. Bauabschnitt: Vergabe Fliesenarbeiten
(s. Vorlage Nr. VO19-065)

Der Betriebsausschuss empfiehlt einstimmig der Firma Frers Baukeramik, Wilhelmshaven, als wirtschaftlichstem Bieter den Auftrag mit der Auftragssumme in Höhe von € 164.986,63 brutto / € 133.624,59 netto, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes Wittmund, zu erteilen.

Zu Punkt 28: Vergabe Installation eines Brandmeldesystems im 2. BA Umzug KWC
(s. Vorlage Nr. VO19-066)

Ratsherr Piekarski verweist auch hier auf die fehlende Raumplanung und entsprechenden Bedarf an Brandmeldern.

Ratsvorsitzender Adelmund hält es für richtig, sich auf die Fachfirma zu verlassen.

Der Betriebsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung der Firma Sandersfeld Sicherheitstechnik als wirtschaftlichstem Bieter den Auftrag über die Summe von € 29.061,78 netto, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes Wittmund, zu erteilen.

Zu Punkt 29: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Entfällt.

Zu Punkt 30: Anträge und Anfragen

- a) Ratsherr Piekarski teilt mit, dass er an der Begehung des Haus der Insel bezüglich des Brandschutzes teilgenommen habe. Die Umsetzung sei mit einfachen Mitteln bis zum Saisonbeginn machbar. Er fragt nach dem Sachstand.

Bürgermeister Garrels antwortet, dass dies Thema der Vorlage für den Tourismusausschuss sei. Die Unterlagen habe Herr Kramp. Diese werde Bürgermeister Garrels in der Sitzung des Tourismusausschusses verlesen. Die einzelnen Aufträge liegen unter € 5.000,00. Er erläutert einzelne Maßnahmen.

Ratsherr Kuper wendet ein, dass hier häppchenweise Aufträge unter der Wertgrenze für den Bürgermeister vergeben werden.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass es sich um kleine Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes für diese Saison handle und diese teilweise in Eigenleistung durchgeführt werden.

Zu Punkt 31: EinwohnerfragestundeAdda Fischer

Frau Fischer äußert nochmals ihre Erschütterung über die Möglichkeit, dass der Tourismusmanager alleine entscheiden konnte und keine Kontrolle erfolgt sei.

Bürgermeister Garrels antwortet, dass Herr Dollmann diplomierter Wirtschaftsingenieur sei. Zudem wisse an sich jeder Abteilungsleiter, wo seine Grenzen sind.

Bärbel Kraus

Frau Kraus schlägt zur Entspannung der Situation vor, eine Information der Bevölkerung vorzunehmen. Sie verweist auf die zu führenden Baustellenprotokolle, in denen nachzusehen sei, wer welche Aufträge erteilt und gegengezeichnet habe.

Bürgermeister Garrels bestätigt die Führung der Baustellenprotokolle.

Daniel Lang

Herr Lang verweist auf die Kosten in Höhe von 1 Mio. Euro für die Nachträge und frage sich, wie diese finanziert werden sollen. Er fragt ob alle externen Firmen zur Fremdenverkehrsabgabe herangezogen werden.

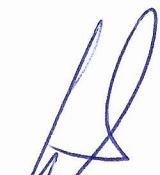
Bürgermeister Garrels antwortet, dass alle Unternehmen, die auf Langeoog arbeiten und Umsätze machen zur Abgabe der Fremdenverkehrsabgabe herangezogen werden.

Katrin Wildenhein


Frau Wildenhein bittet in der Angelegenheit im Bereich Tourismus-Service Ruhe zu bewahren bis die Ermittlungen abgeschlossen sind. Sie wünsche sich als Mitarbeiterin der Verwaltung wieder in Ruhe und vernünftig ihrer Arbeit nachgehen zu können.

Zu Punkt 32: Schließung der Sitzung

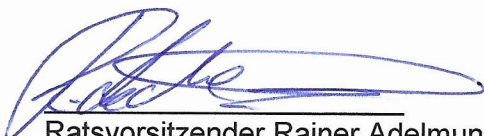
Ende der Sitzung: 21.55 Uhr



Uwe Garrels
Bürgermeister



Katja Heimes
Protokollführerin



Ratsvorsitzender Rainer Adelmund
Vorsitzender

Antwort des Bürgermeisters auf die Presseerklärung der Ratsabgeordneten vom 28.02.2019 Bericht und die Erklärung der CDU Langeoog vom 04.03.2019

Mit ihrem Verweis auf die gegenüber der vorgelegten Kostenschätzung gestiegenen Kosten für den Umzug des Anwendungsbereichs aus dem KWC in das Badgebäude legen die Ratsabgeordneten den Finger in die Wunde. Das ist auch ihre Aufgabe. Die Umstände der Kostensteigerung waren letztlich Auslöser der Freistellung und anschließenden fristlosen Kündigung des zuständigen ehemaligen Tourismusmanagers.

Gleichzeitig nutzen einzelne Abgeordnete die Presseerklärung vom 28.02.2019 jedoch offensichtlich auch zu wahltaktischen Zwecken, insbesondere im Zusammenhang mit der anstehenden Wahl des Bürgermeisters. Zweiter Hintergrund ist die Aufhebung des vom Rat beschlossenen Interessenbekundungsverfahrens KWC-HDI, die dazu geführt hat, dass die Finanzierungsgrundlage für die notwendigen Investitionen in die Liegenschaften des Tourismus-Service vollständig weggebrochen ist, ohne bisher eine Alternative aufzuzeigen. Der Rat hat hier auf Erlöse in Höhe von ca. 7 Millionen Euro verzichtet, die dem Tourismus-Service für Investitionen zur Verfügung gestanden hätten.

Klarzustellen und festzuhalten ist, dass der Bürgermeister keine Anzeige gegen sich selbst erstattet hat, wie man aufgrund der Erklärung des Ratsvorsitzenden in der Ratssitzung am 07. Februar 2019 und aus der Mitteilung der CDU über die Nominierung von Gert Kämper zum Bürgermeisterkandidaten vermuten könnte. Der Bürgermeister hatte vielmehr unmittelbar nach Kenntniserlangung der Verdachtsmomente die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen gegen den Tourismusmanager bei der Staatsanwaltschaft angeregt, und zwar bereits Ende November 2018, also weit vor der Ankündigung der Ratsabgeordneten, den Bürgermeister wegen des Verdachts der Veruntreuung von Gemeindegeldern anzeigen zu wollen. Dies war dem Verwaltungsausschuss im Übrigen bereits am 11. Dezember 2018 mitgeteilt worden und damit allen Ratsabgeordneten bekannt.

Die Anregung der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens durch den Bürgermeister hatte ausschließlich den folgenden Hintergrund: Die frühzeitige Aufklärung der Geschehnisse durch eine objektive staatliche Stelle. Schon von vornherein sollte der Verdacht vermieden werden, dass hier „etwas unter den Teppich gekehrt wird“. Es war ersichtlich nicht angezeigt, sich hier auf ein arbeitsgerichtliches Verfahren zu beschränken. Die Ausführungen der CDU in der Langeoog News vom 04.03.2019, dass es sich um „Ermittlungen beim Bürgermeister“ handelt, sind vor diesem Hintergrund mehr als missverständlich.

Die gemeinsame Besichtigung des Umbaus am vergangenen Mittwoch diente insbesondere der Aufklärung und Information des Rates über die Umstände und den aktuellen Stand des Umbaus. Wesentlicher Punkt war hierbei die Erarbeitung von konkreten Möglichkeiten, die Baumaßnahme so zu Ende zu führen, dass der neue Anwendungsbereich trotz der Kostensteigerung langfristig betriebswirtschaftlich erfolgreich geführt werden kann. Die Initiative dazu ging von der Verwaltung aus. Die Führung übernahm der technische Leiter des Tourismus-Service mit Unterstützung des planenden Architekten und des Bürgermeisters. Dabei wurden alle Umstände, soweit bekannt, thematisiert und schonungslos erörtert.

Die dem Betriebsausschuss am 24.07.2017 vom Tourismusmanager präsentierte Planung zum Umzug enthielt das zweigeschossige Konzept, die jetzt errichtete Raumanzahl und -anordnung, auch die zwei Eingänge, waren hier bereits eingerichtet und begründet. Der Tourismusmanager hatte in der zugehörigen Vorlage ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Raumplanung unter Einbeziehung der Fachleute aus dem eigenen Haus, den Erfahrungen benachbarter Destinationen, den allgemein gültigen Regeln für Therapieeinrichtungen erarbeitet worden sei und dass die benötigten Flächen jetzt gegenüber denen im alten Therapiegebäude mehr als halbiert worden seien. Dass mindestens die Erfahrungen der benachbarten Destinationen tatsächlich offensichtlich ignoriert wurden, hat der ehemalige Tourismusmanager dem Bürgermeister und dem Rat verschwiegen.

Die dem Betriebsausschuss präsentierte und schließlich vom Rat am 03.08.2017 beschlossene Planung weist geschätzte Kosten von netto knapp 2 Millionen Euro aus. Diese wurden vom ehemaligen Tourismusmanager auf ausdrückliche Nachfrage aus dem Betriebsausschuss als für diese Planung zutreffend bestätigt. Aus der dort angehängten Kostenschätzung ist nicht ersichtlich, dass diese sich auf einen anderen Planungsstand bezieht. Diese Tatsache ist dem Bürgermeister und dem Rat verschwiegen worden, genauso wie die im Verlauf der Umsetzung der Maßnahme eingetretenen Baukostenerhöhungen durch weitere kostenträchtige Beauftragungen.

Die Abteilungsleiter treffen sich mit dem Bürgermeister und dem Allgemeinen Vertreter wöchentlich und dort wird der Stand der laufenden Projekte regelmäßig abgefragt. Die Abteilungsleiter tragen dort vor, ob Projekte planmäßig verlaufen oder ob Abweichungen erforderlich sind. Hier wurde regelmäßig vom ehemaligen Tourismusmanager zu dem Projekt berichtet. Es verlief planmäßig, so seine Aussage, was er jeweils auch schlüssig darstellte. Hier ist die Betriebsleitung - im Nachhinein betrachtet – wohl bewusst getäuscht worden.

Die Kostensteigerungen waren für den Bürgermeister nicht erkennbar. Auch von den Mitarbeitern oder Planern kam in dieser Hinsicht kein Hinweis. Als Mitarbeiter jedoch erhebliche Abweichungen feststellten und den Bürgermeister informierten, zog der Bürgermeister nach erster Nachprüfung unverzüglich die Konsequenz und sprach in Absprache mit dem Rat die Freistellung und folgende außerordentliche Kündigung aus. Dadurch wurde weiterer Schaden verhindert.

Da die Untersuchungen Gegenstand eines arbeitsrechtlichen Verfahrens und einer strafrechtlichen Untersuchung sind, kann zu weiteren Einzelheiten derzeit keine Auskunft gegeben werden. Ob im Übrigen die Erhöhung von Gemeindeabgaben tatsächlich die Folge dieser Entwicklung ist, steht aktuell dahin. Das hängt sehr von der Kostenentwicklung im Tourismus-Service insgesamt ab.

Uwe Garrels

Die Rechtsauffassung des Bürgermeisters wird von der Mehrheit des Rates nicht geteilt!

Unsere Kritik und unsere Bedenken dienen nicht dazu, einen Bürgermeisterkandidaten zu platzieren.

Es ist die Sorge und die Angst um die Zukunft unserer Insel. Unsere Pflicht und unser Versprechen, transparente Politik zu machen.

Sie als Bürgermeister haben uns belogen, mit der Aussage: Es liege eine Schließungsverfügung für das Haus der Insel vor.

Diese hat es nie gegeben!

Unter diesem Druck hat der Rat die Durchführung des zweiten Interessenbekundungsverfahrens zugestimmt.

Hier hatte der Bürgermeister schnell seinen Favoriten und mit einem 300 Betten Hotel unsere Insel sicherlich das Nachsehen gehabt.

Wir sind uns unserer Pflicht bewusst und werden das Gelände Inselverträglich entwickeln.

Die Angelegenheit unseres ehemaligen Tourismusmanagers sollte auf Wunsch des Bürgermeisters, intern geregelt werden.

Diesem Wunsch sind die Mitglieder des Rates nicht nachgekommen und haben eine lückenlose Aufklärung unter Beteiligung der Kommunalaufsicht gefordert.

Nur so lässt sich herausfinden, was wirklich passiert ist und wer letztendlich verantwortlich gemacht werden kann.

Zum Umbau bzw. Umzug des Kwc an das Hallenbad sind dem Rat falsche Zahlen als Grundlage der Entscheidung präsentiert worden.

Die Verantwortung wird von Ihnen, Herr Bürgermeister, über den Tourismusmanager zum Mitarbeiter geschoben.

Das ist nicht richtig! Sie sind Betriebsleiter und haben den Überblick verloren.

Wir beantragen, dass Sie umgehend eine Rechtsanwaltskanzlei für Baurecht beauftragen, Haftungsansprüche gegen den beauftragten Architekten prüfen zu lassen und ein Beweissicherungsverfahren einleiten.

Wir werden dem Landrat und die Kommunalaufsicht von unserem Antrag unterrichten.